

Missstandsfeststellungen und Veranlassungen der Volksanwaltschaft 2026 **Bundesverwaltung**

Jänner

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
Asyl – Dauer des Rechtsmittelverfahrens Anzahl der berechtigten Beschwerden: 1	Bundesverwaltungsgericht (BVwG)	Das BVwG verletzte die Entscheidungspflicht und setzte keine Schritte in den asylrechtlichen Beschwerdeverfahren bzw. im Zusammenhang mit einer Säumnisbeschwerde. Organisatorische Mängel und steigende Asyl-anträge stellen keine rechtlich relevante Rechtfertigung dar. Die VA regte an, die Verfahren rasch abzuschließen.
Asyl – Dauer des erstinstanzlichen Verfahrens Anzahl der berechtigten Beschwerden: 14	Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA)	Das BFA verletzte die Entscheidungspflicht und setzte in Verfahren, in denen internationaler Schutz beantragt wurde, keine durchgehenden oder nur wenige Verfahrensschritte. Dadurch kam es zu Verzögerungen, wobei eine steigende Anzahl an Anträgen bzw. allfällige organisatorische Mängel keine ausreichende Rechtfertigung sind.
Arbeitsmarkt – Ablehnung eines Förderantrags 2025-1.002.756 (VA/BD-AR/A-1)	Arbeitsmarktservice (AMS)	Ein Mann stellte Ende Oktober 2025 einen Förderantrag beim AMS auf Übernahme der Kosten von 270 Euro für eine Zertifizierungsprüfung beim WIFI. Ende November 2025 forderte das AMS ihn auf, eine Überweisungsbestätigung vorzulegen. Dieser Aufforderung kam der Mann unverzüglich nach. Trotzdem lehnte das AMS den Antrag mit der Begründung ab, er habe keinen Zahlungsnachweis vorgelegt. Nach Einschreiten der VA gestand das AMS einen internen Fehler ein und entschied den Antrag doch positiv.

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
Arbeitsmarkt – Veraltete Informationen auf AMS-Website 2025-0.928.448 (VA/BD-AR/A-1)	Arbeitsmarktservice (AMS)	Im Zuge eines Prüfverfahrens machte die VA die Bundesgeschäftsstelle des AMS darauf aufmerksam, dass die bisherigen Informationen auf der AMS-Website nicht mit der seit 1. Juli 2025 bestehenden Gesetzeslage übereinstimmen. Auf der Website stand – fälschlicherweise – weiterhin, dass Krankmeldungen und andere Unterbrechungsanzeigen oder Wiedermeldungen nur direkt beim AMS vorgenommen werden können. Es gab keinen Hinweis auf die nunmehr bestehende (Wieder-)Meldemöglichkeiten bei Einrichtungen der Nach- oder Umschulung bzw. Wiedereingliederung. Das AMS räumte diesen Fehler ein und veranlasste eine Aktualisierung der Informationen.
Sterbeverfügung –Anwesenheit der Hilfe leistenden Person 2025-0.485.257 (VA/BD-GU/A-1)	Burgenländische Patienten- und Behindertenanwaltschaft (Bgld. PAB)	Eine Frau beschwerte sich, dass die PAB nur dann eine Sterbeverfügung unter Nennung der Hilfe leistenden Person errichten wolle, wenn neben der sterbewilligen Person auch die Hilfe leistende Person persönlich anwesend ist. Nach umfassender Prüfung stellte die VA fest, dass es keine Rechtsgrundlage für die Forderung der persönlichen Anwesenheit der Hilfe leistenden Person gibt. Auch das BMJ, das die VA im Sinne eines einheitlichen Vollzugs um rechtliche Klarstellung ersuchte, bestätigte diese Rechtsansicht. Die VA forderte die PAB auf, beim Vollzug des StvFG zukünftig gesetzeskonform vorzugehen.
Aufenthaltsberechtigung plus – Verfahrensdauer 2025-1.015.082 (VA/BD-I/C-1)	Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA)	Eine Vietnamesin beantragte Ende April 2025 beim BFA eine Aufenthaltsberechtigung plus. Das BFA sagte eine für November 2025 vorgesehene Einvernahme aus organisatorischen Gründen ab. Eine Vertretung durch einen anderen Referenten sei laut BMI nicht möglich gewesen. Das BFA will Maßnahmen setzen, um derartige Verschiebungen künftig zu vermeiden. Laut BMI will das BFA das Verfahren im Jänner 2026 abschließen.
Familienzusammenführung – Verfahrensdauer 2025-1.011.446 (VA/BD-I/C-1)	Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA)	Das BFA war ab einem Antrag zur Familienzusammenführung von Dezember 2024 bis Dezember 2025 untätig – mit Ausnahme der Befassung eines Übersetzers. Auch wenn für die Abgabe von Wahrscheinlichkeitsprognosen des BFA keine Entscheidungsfrist gilt, zieht die VA die gesetzliche Bestimmung analog heran. Eine einjährige Untätigkeit ist mit einer guten Verwaltung nicht vereinbar. Welche konkreten Gründe für diese Untätigkeit des BFA vorlagen, beantwortete das BMI auch gegenüber der VA nicht.

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
Verlängerung einer Duldungskarte – Verfahrensdauer 2025-0.976.594 (VA/BD-I/C-1)	Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA)	Anfang Oktober 2024 beantragte ein Afghane die Verlängerung seiner Duldungskarte. Im Dezember 2024 fand eine Einvernahme statt. Laut BMI wurde der Antrag zum Zeitpunkt der Stellungnahme Ende Dezember 2025 immer noch bearbeitet.
Polizei – Mangelhafte Bearbeitung eines Notrufs 2025-0.919.889 (VA/BD-I/C-1)	Landespolizeidirektion Wien (LPD Wien) Bundesministerium für Inneres (BMI)	Eine Frau wurde in Wien an einer Bushaltestelle von zwei unbekannten Männern erst bedrängt und dann körperlich angegriffen. Während des Angriffs wählte die Frau den Notruf der Polizei und ersuchte dringend um Hilfe. Trotz nochmaligen Anrufs trafen die Einsatzkräfte erst 27 Minuten nach dem ersten Notruf Vorort ein, wobei die Täter bereits flüchtig waren. Die Überprüfung der VA ergab, dass der Notrufbedienstete die Gefährdungslage nicht korrekt eingestuft hatte. Auch wenn zum Zeitpunkt des Vorfalls kein Funkwagen verfügbar war, hätten andere Einsatzmittel herangezogen werden können. Zwar hätte sich eine Zeitverzögerung trotzdem nicht vermeiden lassen, aber sie wäre kürzer ausgefallen. Die VA hob jedoch als positiv hervor, dass schulende Gespräche geführt wurden, um derartige Fehleinschätzungen künftig zu vermeiden und dass die LPD Wien bereits aus eigenem Antrieb ein klärendes Gespräch gesucht hatte.
Verfahrensdauer	Bundesministerium für Justiz (BMJ) Bezirksgericht (BG) St. Pölten	Im Oktober 2022 wurde eine Rechtssache aufgehoben und an das BG St. Pölten zurückverwiesen. Trotzdem fand eine mündliche Tagsatzung statt. Außerdem wurden aufgrund mehrmaliger Klagsausdehnungen Ergänzungsgutachten beauftragt. Aufgrund der mittlerweile verstrichen Zeit musste die VA einen unzureichenden Prozessfortschritt feststellen. Der Fortgang wird nunmehr vom Vorsteher des BG St. Pölten überwacht.
Bewilligung eines Kahlhiebs 2025-0.694.146 (VA/BD-LF/C-1)	Bezirkshauptmannschaft (BH) Weiz	Die VA beanstandete, dass weder einem forstlichen Erhebungsbericht noch einem Bewilligungsbescheid der BH Weiz bezüglich eines Kahlhiebs zu entnehmen war, ob sich die Behörde mit der Frage einer allfälligen Windgefährdung für benachbarte Waldgrundstücke auseinandergesetzt hatte.

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
Behindertenpass 2026-0.025.800 (VA/BD-SV/A-I)	Sozialministeriumservice Kärnten (SMS Ktn)	Ein Mann stellte im Oktober 2024 einen Antrag auf einen Behindertenpass beim SMS Ktn. Nach monatelanger Wartezeit und Nachfragen zu seinem Antrag wandte er sich an die VA. Die VA beanstandete, dass der Betroffene 15 Monate auf die Ausstellung des Behindertenpasses warten musste.
Zulassung zum Medizinstudium als „Quereinsteigerin“ 2025-0.659.459 (VA/BD-WF/C-1)	Medizinische Universität Wien (MUW)	Eine Studentin ersuchte die MUW im August 2024 um bescheidförmige Erledigung eines Antrags auf Zulassung zum Medizinstudium als „Quereinsteigerin“. Da die Erledigung ausblieb, wandte sie sich an die VA. Die VA beanstandete, dass die MUW den Antrag nach einer formlosen Ablehnung nicht weiterbearbeitet hatte und einen entsprechenden weiteren Antrag vom August 2025 über einen Zeitraum von mehr als vier Monaten unerledigt ließ.